

Für Halle vierteljährlich bei regelmäßiger Zustellung 2,50 M., durch die Zeit 2,25 M., anfalls Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Am amtlichen Zeitungs-Berichtsamt unter "Saale-Zeitung" eingetragen. Für unregelmäßig eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Abdruck nur mit Quellenangabe: "Saale-Ztg." gestattet. Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnement-Abteilung Nr. 1133.

# Saale-Beitung.

wedens die Egepaltenne Kolonelle ober dem Mann mit 80 Wg. auf auf Halle mit 20 Wg. berechnet und in ununtern Anzeigebereich und alle Annoncen-Expeditionen angenommen. Neumann die Seite 75 W. für Halle, auswärt 1 Wt.   
 Erscheint täglich zweimal,   
 Sonntags und Montags einmal.

Vierundvierzigster Jahrgang.

## Professor Bernhard.

Die Pistolenforderung des im Jahre 1907 aus Kiel an die Berliner Unterwelt berufenen Professors Ludwig Bernhard an den Prof. Sering von der philosophischen Fakultät der Alma mater Berlinensis beschäftigt seit gestern die reichshauptstädtische Presse. Mit Recht. Denn eine „inner-akademische Angelegenheit“, wie manche behaupten, denen die Aufrollung der ganzen eigentümlichen Affäre peinlich ist — die einen wenig harmonischen Nachklang zu den mit so großem Pomp begangenen Jubiläumstheorien bildet — ist der Fall Bernhard-Sering heute denn doch nicht mehr!

Man fürchtet offenbar eine wenig nachsichtsvolle Kritik, in der die philosophische Fakultät, die dem Professor Bernhard von vornherein mit starkem Mißbehagen begegnete, schließlich abschnitten wird. Wie auch die Sache gebracht werden und wie auch das schwebende Verfahren, das die Gesamtheit des Streitens zu einem wenigstens formellen Abschluß bringen soll, ausfallen mag, dem jungen Nationalökonom Bernhard ist seit seiner Berufung übel mitgespielt worden. Bernhard wurde, nachdem er logischerweise den geforderten Revers unterschrieben hatte, sich der herkömmlichen Verteilung der Hauptvorlesungen über Nationalökonomie durch die Ordinarien zu fügen, bei der Verteilung der Vorlesungen mit besonderer Rücksicht übergangen. Der Revers sollte zum Markwurf und der „Eindringling“ — damit an die Wand gedrückt oder fortgeschickt werden. Rasch entschlossen durchließ Bernhard diesen papierernen Knoten und sagte sich von dem Geschriebenen, das die Bekanten seinerzeit fürnehmlich verlangt hatten, und dessen Inhalt sie nun Semester für Semester so fürnehmlich — negierten, los! Wortbruch gegen — Wortbruch, Similia similibus.

Professor Bernhard hielt also mit frohem: „Ich hab's gemacht“ in diesem Semester ein Kolleg über Nationalökonomie. Deshalb Sturm in allen sechsmal verstreuten Regionen! Da Bernhard keine pflaumenweiche Natur ist und ein fräftiges Wort und der Zensur Donnerkeil immer noch die beste Waffe — auch auf dem Katheder darstellt, so großt der Donner schon in einer seiner ersten Vorlesungen, die er in der „Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung“ hält, in welcher der junge Professor auf das ihm zugeworfene Unrecht zu sprechen kommt. Druck erzeugt Gegen-Druck. Nun fühlte sich aber die nationalökonomischen Professoren der philosophischen Fakultät durch die von Bernhard gebrauchten Redewendungen beleidigt, und es entspann sich sofort eine lebhafte Pressepolemik, in der beide Parteien ihre Ansichten recht scharf verfochten.

Die Forderung Bernhards, als Ende vomiede, erfolgte als Antwort auf einen Brief, in dem Prof. Sering, zugleich im Namen Schmollers und Wagners, Bernhard Wortbruch zum Vorwurf machte und den Abschluß aller persönlichen Beziehungen zu ihm aus sprach. Sering hat dem Vertreter Bernhards dann erklärt, daß er dessen Forderung annehme; später wurden jedoch verschiedene Bedingungen gestellt, und das führte, wenn die „B. Z. a. W.“ recht unterrichtet ist, dazu, daß der Zweite Kampf nicht zustande kam.

Bei aller Sympathie für Bernhard muß nur das eine festhaft bedauert werden, daß er glaubt, die Pistole notwendig zu haben, um sich sein Recht zu erlangen. Ganz in unserem Sinne spricht auch das „B. Z.“: „Auch früher ist es ja vorgekommen, daß der törichten Duellmann Männer von wissenschaftlichem Rang zum Opfer fielen. Der Tod Ferdinand Lassalles im Duell wird immer als ein Verstoß für die Fortentwicklung der sozialen Erkenntnis erscheinen. Aber Lassalle kämpfte doch wenigstens nicht um Theorien. Es war eine der üblichen Liebesgeschichten, um deren willen er sich vor die Pistole seines Gegners stellte. Auch in solchem Falle ist natürlich das Duell noch dumme. Aber man versteht bei derartigen primitiven Reaktionen wenigstens den Zweck der Werbung; der andere soll ausgeschaltet werden. Der „Neuzeit“ blieb es vorbehalten, auch bei wissenschaftlichen Streitfragen die Ordnung mit der Pistole wiederherzustellen. Wir haben es herzlich weit gebracht. Wer in der Wissenschaft vorwärtskommen will, der braucht künftig keine eigenen Bügel mehr zu wählen. Er wird sich am besten vorbereiten, wenn er sich im Pistolenhieb übt und seine Konkurrenten niederhakt.“

Dafür gibt es doch noch andere Mittel, von denen die Frucht in die Öffentlichkeit nicht das schlechteste ist. — Welchen Eindruck muß es auf die Lernenden machen, wenn die Lehrer des Forums als die Geistes herrscher das „Gottesgericht“ anrufen, das das traurigste Uebelthäter der Landstreicherei darstellt? —

## Deutscher Reichstag.

94. Sitzung vom Montag, den 5. Dezember.

Am Ufste des Bundesrats: Dr. Debrück, Caspar. Präsident Graf Schwerin-Bönig eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr.

### Die zweite Lesung des Arbeitskammergesetzes.

Berichterstattet ist Abg. Will (Ztr.-L.). Die Kommission hat den Entwurf der Regierung in einigen wesentlichen Punkten geändert und insbesondere mit gewissen Veränderungen — bis zu 25 Prozent der beiderseitigen Kammermitglieder und mit der Bindung einer früheren mindestens dreijährigen Zugehörigkeit zu den beteiligten Gewerbetreibenden als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer und einem mindestens einjährigen Wohnsitz im Bezirk der Arbeitskammer — die Wählbarkeit der Sekretäre der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen beschlossen.

Die Sozialdemokraten wiederholten bei § 1 des Gesetzes ihren in der Kommission abgelehnten Antrag, an Stelle dieses Gesetzesentwurfs ein Gesetz auf völlig neuer Grundlage aufzubauen, das hauptsächlich ein Reichsarbeitsamt, ein Arbeitsamt für den Bezirk jeder oberen Verwaltungsbehörde und als Unterbau Arbeiterkammern für den Bezirk jedes Arbeitsamts errichten.

Abg. Wiedeburg (Ztr.): Meine Parteifreunde werden für die Kommissionsbeschlässe stimmen und sich der Stellung weiterer Anträge enthalten, um die Verabreichung des Gesetzes nicht aufzuhalten. Wir sind grundsätzlich für Arbeitskammern, und nicht, wie die Sozialdemokraten es wollen, für Arbeiterkammern. Wir lehnen den Antrag der Sozialdemokraten, der das Gesetz auf eine völlig neue Grundlage stellt, ab, schon deshalb, weil die Kommission ihre ganze Arbeit von neuem beginnen müßte. Die Denkart, wie sie die Sozialdemokraten wollen, würde den ganzen Behördenorganismus des Reiches und der Einzelstaaten zerbrechen. Wir wollen nicht, wie die Sozialdemokraten, ein selbständiges Reichsarbeitsamt neben dem Reichsamt des Innern, sondern wir denken es uns als Hilfsorganisation des Reichsamts des Innern. Für Arbeiterkammern als besondere Vertretungen der Arbeiter ist kein Bedürfnis mehr, da die Gewerkschaften die Aufgabe der Standsvertretung der Arbeiter durchaus und voll erfüllen. Wir stimmen also für die paritätischen Kammer im Sinne der Kommissionsbeschlässe.

Abg. Regien (Sog.): Noch in letzter Stunde erwidern wir Sie, sich auf den Boden unseres Antrages zu stellen. Hinter der Bedeutung der Sache muß die Rücksicht, eine Verzögerung zu vermeiden, zurücktreten. Wir müssen ein selbständiges Arbeitsamt haben, denn das Reichsamt des Innern ist, für Arbeiterfragen wenigstens, überlastet.

Abg. Graf Westarp (konf.): Theoretisch wird man dem Gedanken der Friedensorganisation zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ohne weiteres zustimmen können. Der Gedanke, unter unparteilicher Leitung gemeinsame Angelegenheiten besetzen zu lassen, hat etwas Verlockendes. Zur Ausführung des Gedankens gehört aber Sympathie und Verständnis auf beiden beteiligten Seiten. Statt dessen aber begegnen wir dem schärfsten Widerpruch bei den Arbeitgebern, und selbst haben wir auch die Ablehnung durch den Vertreter der Sozialdemokraten gehört. Wir würden statt eines Friedensinstruments nichts weiter schaffen als Gelegenheit zum Kampf. Erfahrungsgemäß mißtraut die sozialdemokratische Parteilassung viele Verantwörtlichen sozialen Charakters dazu, sozialdemokratischen, revolutionären Geist in die Massen einzubringen. (Gelächter bei den Sog., lebhafter Zustimmung rechts und bei den übrigen bürgerlichen Parteien.) Sie benutzt sie zur Verhärterung ihrer Gewaltthätigkeit und Betätigung ihres Agitationsbedürfnisses, ihrer Verheerung. (Lachen der Sog.; erneute Andeutungen der bürgerlichen Parteien.) Dazu dienen eifrig die Wahlen zu solchen Verantwörtlichen und dann die Tätigkeit in ihnen selbst. Wir werden im Laufe dieser Verhandlungen uns ja noch über die Verhältnisse in den Kantonsräten unterhalten. Auch die Arbeitskammern werden nicht dem Frieden dienen können, weil die Sozialdemokratie es nicht dazu kommen lassen wird. Diese Befürchtung erfüllt uns schon mit lebhaftem Bedenken gegen die Regierungsvorlage selbst. Die Kommission hat die Regierungsvorlage aber noch überaus schwer verwickelt; vor allem in § 7 die Einfügung auch der Eisenbahnarbeiter in die Arbeitskammern, dann die Verabreichung des wichtigsten Amtes, das passive Wahlrecht auch der weiblichen Arbeiter und ferner insbesondere die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre. In der gleichen Richtung liegen unsere Befürchtungen bei dem Kommissionsbeschluß, wonach die Verhandlungen der Kammer öffentlichlich sein sollen. Die Mitglieder der Kammer werden unter sozialdemokratischem Terrorismus und Vogelfuß stehen und sie werden stimmen und reden müssen, wie es ihnen von der sozialdemokratischen Parteilassung vorgeschrieben wird. Die Bedenken, aus denen ein großer Teil meiner Freunde schon zu Anfang sich gegen die Vorlage erhebt, haben sich durch die Ereignisse inzwischen erheblich vergrößert und sind durch die Kommissionsbeschlässe so schwer geworden, daß wir nicht glauben wohl folgen zu können, einstimmig dagegen stimmen werden. (Beifall rechts, ironische Zurufe von den Sog., erneuter lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Manz (fortsch. Sp.): Das war eine Wahlrede! (Beifall links, Widerspruch rechts.) Wir werden das Gesetz in der Hauptsache und in der vorliegenden Form annehmen, um den beabsichtigten Forderungen der Arbeiter nachzukommen, die ebenso wie andere Gewerbetreibenden die Möglichkeit haben wollen, in dem sie ihre Interessen vertreten können. Wir hoffen, daß in den Arbeitskammern der Geist des Friedens gestiftet wird, daß die Gegenseite abgesehen werden, daß im Interesse des sozialen Friedens ein Ausgleich geschaffen wird. Wir werden die Vorlage aber nicht annehmen, wenn einige wesentliche Punkte darin bleiben. Und das sind gerade die Punkte, die der Redner hier unannehmbar erklärt hat. Wir sind davon überzeugt, daß die Kammer in der vorliegenden Form nicht durchführbar ist. Der Redner wies auf die Gefahr hin, daß die „revolutionären Elemente“ die anderen mitreißen würden. Das fürchten wir nicht. Ebenso wie in den Stadterhaltungsgesetzen werden sie bei praktischer Arbeit gähnen und ruhr werden.

Abg. Horn (Neuh. Mitt.): Der sozialdemokratische Antrag hat nur agitatorische Bedeutung. Meine politischen Freunde stehen nach wie vor auf dem Boden der sachlichen Gliederung und der paritätischen Belegung. Die Arbeitskammern würden nur neue sozialdemokratische Organisationen sein. Und was soll ein Reichsarbeitsamt? In der sozialdemokratischen Presse ist ja sein Zweck dahin gekennzeichnet worden, „den Widdern der kapitalistischen Produktionsweise nachzuwirken.“ (Schr. hört!)

Abg. v. Dirksen (Kn.): Für uns ist das Gesetz nach den Kommissionsbeschlässen durchaus unannehmbar. Es wäre wissenschaftlich wert, wenn die Regierung eine Erklärung abgibt, welche Stellung sie besonders bei der Frage der Arbeiterleitererträge einnimmt, das würde die Verhandlungen erheblich erleichtern. (Lebhafter Zustimmung rechts.) Die Parität ist nur scheinbar; auch eine Anzahl Arbeitgeber, und nicht einmal ganz kleiner, steht so unter dem Druck der Sozialdemokratie, daß sie vollkommen zu ihr stimmen. Das scheinbar paritätische Organisationsorganisations nicht dem Frieden dienen, dafür liefern mühseligste Beispiele die Verhältnisse im Ruhrgebiet, wo im Vorhanden des Knappheitsvereins in Bismarck, der 250 000 Arbeiter vertritt, und aus 15 Vertretern aus beiden Seiten besteht, 15 Sozialdemokraten sind, mit dem Erfolg, daß eine gedeihliche Wirkung nicht möglich ist, weil sich die Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber wie Feuer und Wasser gegenüberstehen. Genau so ist es bei der Ostpreussentabelle in Dortmund, wo 110 sozialdemokratische Vertreter und 50 sozialdemokratische Gegenstände gemischt sind und nicht ein einziger aus anderen Parteien. (Schr. hört!) Unannehmbar sind uns die Kommissionsbeschlässe, die die Errichtung der Arbeitskammern auf Beschluß des Bundesrats statt der weniger zu beabsichtigten Zentralbehörde erfolgen lassen; dann die Beschließung des Reichsarchivs, die die Einbeziehung der Eisenbahnarbeiter und völlig unannehmbar die Einfügung der Arbeitersekretäre in die Kammer. Die Komposition, daß auch die Arbeitgeber berechtigt sein sollen, ihre Beamten einzunehmen, hat keine Bedeutung, denn die werden sich bekämpfen, Tag und Nacht sich mit der Sekretären der Arbeiterorganisationen herumzustritten. Aber auch ohne diese Kommissionsbeschlässe ist das Gesetz zum mindesten bedenklich, wenn nicht bedenklich. Wir würden ein sozialpolitisches Experiment machen, ohne zwingenden Grund eine Kammer schaffen, über deren Wirksamkeit wir uns ein lazes Bild nicht machen können. Die Erfahrungen im Ausland sprechen gegen die Kammer. Und nun die Hauptsache: fast ein Drittel lehnt die Industrie ab; der Deutsche Handelstag, die Handels- und Gewerbetämmer, der Bund der Industriellen, der Zentralverband Deutscher Industrieller, die große Mehrheit der Handelskammern und in den letzten Tagen noch eine Anzahl der Deutschen Zunderindustrie und des Vereins angesehener Industrieller, die Beteiligten, die in den Kammern arbeiten, die die Kosten aufbringen sollen, wollen von ihnen nichts wissen und Mangel an Spontilität und sozialpolitisches Verständnis wird man dem deutschen Arbeitgeberstande nicht absprechen können. Die Freunde der Arbeitskammern haben ja offenbar ausgeproben: Sie wollen die konstitutionelle Formel und das parlamentarische System in den Betrieben. Da werden Sie aber schwerlich noch jemand finden, der sich als Arbeitgeber ergibt. Sollen hat noch 1909 im Abgeordnetenhause auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Autorität und auf die sozialdemokratische Gefahr hingewiesen. Der Regierung ist ja auch die Gefahr nicht entgangen, für ihre staatlischen Arbeiter bedankt sie sich schon. Und dann: Die Arbeitskammer ist ja nicht der Abschluß einer Entwicklung, sondern der Anfang einer neuen und abschließenden. Von der Arbeitskammer kommen wir zur Arbeiterkammer und zur Einrichtung obligatorischer Arbeitskammern und zum Verbandsgesetz. Wer heute für dieses Gesetz stimmt, muß sich klar werden, daß er morgen oder übermorgen für Bestimmungen stimmen müssen, die noch verberlicher für die Industrie sind. Man macht sich in der Regierung wohl keinen Begriff davon, wie die Stimmung in der deutschen Industrie ist. (Schr. wahr!) In der ersten Lesung meinte der Staatssekretär, man solle mit einem gewissen Optimismus aus dieses Gesetz herantreten. Inzwischen haben wir Arbeiterkammern der bedenklichsten Art gehabt, da fehlt mir für Optimismus und Idealismus jedes Verständnis. Denken Sie an die Worte, die Handelsminister Sydow in Dortmund bei der Einweihung des neuen Oberbergamts sprach, daß die Wahlen zu den Knappheitsämtern ausschließlich von politischen Standpunkt erfolgen und bei der Wahl der Sicherheitsämtern nicht Sachkenntnis oder Erfahrung, sondern vor allem das Maß eines politischen Kapitalismus entscheidend war, und daß die besten Absichten Gefahr laufen, in ihr Gegenteil verkehrt zu werden. (Schr. hört!) Und der jetzige Staatssekretär lagte als Minister des Innern bei der Wahl von Arbeiterkontrollen in Abgeordnetenhause: Wir müssen bei allen sozialpolitischen Maßnahmen immer daran denken, daß sie nicht zu politischen Einrichtungen werden, die zur Förderung des sozialen Friedens nur sozialen Unfrieden führen.“ Diese goldenen Worte möchte ich über die Tiraden Arbeitskammergesetzes schreiben. Ich bin kein industrieller Schatzmacher, aber wir dürfen nicht nur für gewisse Arbeiter- und Arbeitgeber arbeiten, sondern an das ganze Vaterland

denen, und auch an die Arbeitgeber. Vestigia terrant. (Beifall rechts.)

**Staatssekretär Deßloch:** Der sozialdemokratische Antrag ist für uns unannehmbar, weil er unvereinbar ist mit der staatsrechtlichen Konstitution des Reiches. Er würde bestehende Organisationen zerstören, die zum Teil sogar über den Behörden des Reichs und der Bundesstaaten stehen. Es ist auch unmöglich, die Sozialpolitik loszulösen vom Reichsamt des Innern. Die verschiedenen Regierungen haben schon 1908/1909 in einigen Punkten den Kommunisten gewisse Zugeständnisse gemacht. Es ist mindestens nichts passiert, was den Optimismus der Freunde der Vorlage noch steigern könnte. (Sehr richtig! rechts und bei den Mitt.) Gerade die Erörterungen in Nacht legen die Frage nahe, ob der Entwurf in seiner jetzigen Gestalt zweckmäßig ist. (Hört, hört! rechts.) Gemäß ist die Tätigkeit der Sozialdemokratie wenig geeignet, unser Vertrauen in die Tätigkeit derartiger Institutionen zu vergrößern. Aber die Zeiten werden sich ändern, meine Herren. (Sehr. Beifall rechts.) In diesem Punkt bin ich allerdings Optimist und deshalb halte ich an dem Wunsch fest, daß der Gesetzentwurf verabschiedet werde, aber mit einer Veränderung. Wir können nicht Bestimmungen hineinsetzen lassen, die wir noch unserem pflichtmäßigen Ermessen nicht für richtig halten. Es würde mit der Verfassung des Deutschen Reiches nicht im Einklang stehen, wenn der Bundesrat bestimmen sollte, daß Arbeitskammern zu errichten sind. Er scheint auf sehr zweifelhafte, als der Bundesrat sich bereits finden lassen wird, einem Eingeständnis eines Arbeitskammer zu akzeptieren. Beweiskräftig ist noch die Bestimmung über das passive Wahlrecht. Mit aller Entschiedenheit müssen sich die verschiedenen Regierungen dagegen wenden, daß die Arbeiter aus den Verfassungen der Eisenbahn auch als Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes aufgefaßt werden sollen. Auch in Frankreich will man die Arbeitnehmer der Eisenbahn aus den Organisationen herausnehmen. Und nun sollen wir einen Schritt tun, der von der Regierung in Frankreich ausdrücklich gemißbilligt wurde? Wir halten die Wahl der Arbeitervertreter in die Arbeitskammern nicht für angebracht. Es ist mit auch kein industrieller Verband bekannt geworden, der sich für die Wahl von Arbeitervertretern ausgesprochen hätte. Wenn in der Presse berichtet wird, daß der Kaiser von Wank geschwankt habe, daß die Reichsverfassungserordnung bald zustande kommt, so ist mir nicht bekannt, daß der Kaiser von der Reichsverfassungserordnung gesprochen hat. Diese Kette kann wohl von einer Seite, der rechten Seite, mich zu hindern, dieses Gesetz zustande zu bringen. (Sehr. Hört, hört! Beifall rechts und bei den Mitt.)

**Hg. Behrens (wirtsch. Vgl.):** Die nationalgemühten Arbeiter wünschen das Zustandekommen des Gesetzes. Darauf sollte die Reichs-Richtlinie nehmen. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab. Die Sozialpolitik ist notwendig aus der künftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und nationalen Entwicklung unseres Volkes heraus. Man darf nicht die ganze Arbeiterkraft darunter leiden lassen, wenn das Tun und Treiben eines kleinen Teiles der Arbeiterkraft, wie es die Sozialdemokratie ist, unzulänglich ist. Man soll nicht immer fragen: welche Wirkung wird das auf die Sozialdemokratie haben? Nicht alle Arbeitgeber sind gegen das Gesetz, so nicht der Landtagsabgeordnete Weßling, ein herzogenerzogener Führer im Saengerbunde. (Hört, hört! links.) Sollten Sie an dem Arbeiterfortschritt glauben?

**Hg. Aulerich (Vgl.):** Es befandere Freude haben wir an dem Gesetz nicht. Wir werden ihm aber zustimmen, wenn die Verbesserungen der Kommission beibehalten werden.

**Hg. Dr. Naumann (Rechtst. Vgl.):** Die Einführung eines Arbeitskammergesetzes kann hier nicht so nebenbei erfolgen. Die Beschlüsse der Arbeitskammern sind durch die Kommission ein wenig erweitert worden, aber nicht genügend. Vor lauter Gutachten, Wohlwahrheit und Anregungen werden die Kammern gar nicht dazu kommen, ein wirklich funktionierendes Körper zu sein. Aber freilich, je schlechter sie sind, desto angenehmer ist es der Rechten. Die Rede des Grafen Westarp erinnert an Mendel. (Sehr richtig! links.) Er hat in eine rein sozial-politische Debatte politische Gesichtspunkte getragen. Wie Herr v. Heppbrand bei der Kaiserdebatte, so haben heute Graf Westarp und Herr v. Dierßen der Regierung Ordre gegeben: Regierung bleibe hart, gib nicht nach. Man mag wieder in Anglimerale, wir von der Linken können auf dem Boden der kaiserlichen Wohlwahrheit. Warum ist die deutsche Sozialdemokratie so neugierig? Durch welche Behandlung und welche Politik. Warum will man die Eisenbahnarbeiter aus-schließen? Sind die Arbeiter in den Eisenbahnverwaltungen etwas anderes, als die Arbeiter in den Eisenbahnen? (Sehr richtig! links.)

**Staatssekretär Deßloch:** Wir können die Eisenbahnarbeiter der Eisenbahn nicht in das Gesetz einbeziehen, denn auch sie dienen der dauernden Betriebsfähigkeit und Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen. Eine Betriebsfähigkeit kann, wenn sie nicht funktioniert, genau so lahmlegend für den ganzen Betrieb sein, als das Verlangen irgend einer anderen Arbeiterkolonne.

**Hg. Segin (Soz.):** Sind denn die Eisenbahnarbeiter Staatsbürger mit dem Reich? Die Zeiten werden sich ändern, aber so, daß dem Staatssekretär die Augen übergehen werden. Graf Westarp hätte noch Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter. Herr v. Dierßen stimmte ihm zu und Sie wollen Arbeiterinteressen vertreten?

**Hg. Dr. Heiser (Str.):** Die Argumentationen der Herren von der Rechten waren nicht schlüssig. Hat nicht der Reichs-sänger selbst die Kompetenz dieses Gesetzes anerkannt? Die Diskussion schließt. Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt und § 1 in der Kommissionsfassung angenommen. Weiterberatung Dienstag 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Deutsches Reich.

### Zwei Landtagsjahrwahlen.

**# Aus Breslau, 5. Dezember, wird gemeldet:** Bei der heutigen Landtagswahl erhielt der von den Konservativen unterstützte Zentrumskandidat Kaufmann Vogel 820, Handelsministerkandidat Dr. Ehlers (fortschrittliche Volkspartei) 478, Redakteur Voche (Sozialist) 355 Stimmen. Daher muß eine Stichwahl zwischen Vogel und Dr. Ehlers stattfinden, wobei die Sozialdemokraten gemäß ihrem geliebten Parteibefehl Ehlers wählen werden.

**Aus Wiesbaden, 5. Dezember, meldet der Draht:** In der Landtagswahl wurde der fortschrittliche Kandidat Wente mit 202 gegen 187 Stimmen gewählt. Sieben Sozialdemokraten stimmten für den fortschrittlichen Kandidaten.

### Das Arbeitsprogramm des Reichstages.

**# Der Senatspräsident des Reichstages trat am Montag zusammen, um über den Arbeitsplan für die nächste Zeit zu beraten. Man einigte sich dahin, daß es im allgemeinen bei den bisherigen Dispositionen bleiben soll. Danach wird die zweite Lesung des Arbeitskammergesetzes heute durch-**

geführt werden. Am Mittwoch soll ein Gesamtsitzung abgehalten und der konzentrierte Mittelfeldantrag weiterberaten werden. Am Donnerstag findet wegen des tatpässigen Festtages keine Sitzung statt. Die erste Lesung des Etats beginnt am Freitag. Reichstagspräsident v. Bethmann-Hollweg hat zwar mitteilen lassen, daß er an diesem Tage den Verhandlungen des Reichstages nicht teilnehmen könne. Nichtsdestoweniger einigte man sich dahin, die Entscheidung am Freitag zu beginnen, da der Reichstagspräsident ja an den folgenden Tagen noch Gelegenheit habe, in die Debatte einzutreten. Am Mittwoch oder spätestens Donnerstag der nächsten Woche soll die zweite Lesung des Etats abgeschlossen werden, worauf die Weihnachtsferien beginnen.

### Konturrenzklause.

Ueber eine gesetzliche Regelung der Bestimmungen über die Konturrenzklause haben in letzter Zeit im Reichsamt des Innern Ermäßigungen nach verschiedenen Richtungen hin stattgefunden. Es waren Vorarbeiten gemacht worden, die auf den Grundgedanken der betreffenden Karren beruhen und der Grundgedanke angefaßt worden, daß den Angehörigen für die Beschränkung aus der Konturrenzklause eine Entschädigung geboten werden müsse. Diese Vorläufe sind den Handelskammern und den Kaufmannsgerichten zur Begutachtung übergeben worden. Aus den bisher eingelaufenen Antworten geht hervor, daß diese Interessenvertretungen an den Vorläufen der Reichsregierung Änderungen wünschen. Eine Vorlage, die die Frage der Konturrenzklause regeln wird, wird dem Reichstagspräsidenten voraussichtlich erst nach den Neuwahlen zugehen.

## Parteinachrichten.

**Friedberg (Neumark), 5. Dez.** Eine hier abgehaltene, aus allen Teilen des Kreises Friedberg und Arnswalde stark besuchte Vertrauensmännerversammlung beschloß die Wieder-aufstellung des Reichstagsabgeordneten Wilhelm B. R. u. N. zum nächsten Reichstag und Landtag. Später folgte eine große Volksversammlung. Die Vertrauensmänner der hiesigen Kreistage beschloßen die Kandidaturkandidaturen von Dr. W. H. Berlin für Schloßmann-Klause, Friedrich-Berlin für Ost- und Westfalen sowie Besetzung von Dr. Krone, Garzinski, Hülse, Kolmar, Drumburg, Schivelbein, Weier, Benth.

**Wittenberg (Bez. Halle), 5. Dez.** In unserem Wahlkreise Wittenberg-Schweinitz ist H. Wittenberg's Tagb. für die nächste Reichstagswahl Herr Major Letzner in Neub. d. ein Kreis-eingewiesener, von den Konservativen und vom Bunde der Landwirte als gemeinsamer Kandidat aufgestellt worden.

### Kleine politische Nachrichten.

**Wass Dresden** meldet man: Die verschiedentlich verbreitete Behauptung, Sachse habe sich mit Österreich über die Einführung von Schiffsfahrtsabgaben verhandelt, wird von zuverlässiger Seite als unwohl begründet. — In Nürnberg erfolgte die Gründung eines bayerischen Landesverbandes des Handwerks in dem vorläufigen Sitz in München, der später nach Nürnberg verlegt werden soll. Die Tagung erörterte die bayerische Wirtschaftspolitik und nahm Stellung zu den Reichstagswahlen in Bayern.

### Hof- und Personalnachrichten.

**Das Kronprinzenpaar auf Capron.** Das Programm für den weiteren Aufenthalt des Kronprinzenpaars auf Capron ist etwas geändert worden. Die Kronprinzessin überließ sich nach dem Kaiserlichen Kommando, der in der Nähe des augenblicklichen Jagdterrains des Kronprinzen liegt, und wird auch einen Tag den Jagden in den Dschungeln bewohnen. Am Donnerstag kehrt das Kronprinzenpaar nach Kandy zurück. Auf der Fahrt nach Trinomale überflügelte sich am Sonnabend ein Gepäcksautomobil, wobei der englische Oberpostsekretär starkes Schrammen davontrug. Die deutschen Diener blieben unversehrt. In der unalten königlichen Anstaltskapelle wurde die Kronprinzessin am Sonntag nachmittags die alten buddhistischen Heiligthümer im Jenseitsempfehl und den heiligen 2000jährigen Baum. Der große Oberpriester erklärte die Heiligthümer. Zum Schluß stimmten die Priester alle, glückbringende Gesänge an.

**Der Kaiser** nahm am Montag im Neuen Palais bei Potsdam der Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts, Wirklichen Geh. Rats von Valentini entgegen. Die Kaiserin empfing im Neuen Palais den Generalgouverneur von Wien aus Wien.

## Ausland.

### Der englische Wahlkampf.

**□ Aus London** wird uns gemeldet: Die liberalen Wähler äußerten große Freude über die Wahlergebnisse vom Sonnabend und erklärten, London habe ein glänzendes Beispiel gegeben. Die Unionisten hätten keine Aussicht, in Schottland, Irland und Wales Sitze zu gewinnen, und da sie schon über die meisten englischen Grafschaftsbezirke verfügten, so seien ihre Hoffnungen genau genommen auf 242 städtische Wahlkreise beschränkt. Von diesen seien aber über ein Viertel bereits betritten worden, und die Unionisten hätten dabei nur drei Sitze gewonnen. Sie seien bereits aus dem ersten Kampf geschlagen und diskreditiert herangezogen. Die Sache des Freihandels und eines freien Unterthanens seien gerettet. — Die unionistischen Zeitungen triumphieren nicht, zeigen sich aber von den bisherigen Reultaten befriedigt. Sie erklären, wenn die Ergebnisse vom Sonnabend ein Fingerzeig für das Gesamtergebnis seien, so sei das Ministerium Asquith bereits jetzt zur Schmach geurteilt. England habe in nicht missverständlicher Weise den Fortschritt der Konstitution Halt gegeben. Die Unionisten betonen besonders ihre Siege in Lancashire, aber ihre Enttäuschung, namentlich über London, vertritt sich in vielen Erörterungen und speißelt sich auch wieder in den dringenden Aufrufen (die Unionisten in London, sich anzutreffen und die Situation zu retten.

Ueber das Stimmverhältnis berichtet folgende Depesche: London, 5. Dez. Bis 12 1/2 Uhr mittags waren zum Unterhaus gewählt 5 Liberale, 63 Unionisten, 3 Vertreter der Arbeiterpartei und 5 Anhänger John Redmonds. Die Wahlbestätigung ist diesmal etwas hinter dem von letzten Januar zurückgeblieben. Es sind Sonnabend wohl 1500 Stimmen mehr für Liberale, aber 7000 weniger für unter-

stützte abgegeben worden. Die Niederlage Bonar Law's in Manchester gereicht den Liberalen zu ganz besonderer Genugung. Denn hauptsächlich, um diesem Kandidaten die Unterstützung der freihändlerischen Manchester-Unionisten zu gewinnen, hatte Mr. Balfour seine Zustimmung erklärt, daß die Tariffrage einem Referendum unterbreitet werden möge. Montag wurde in 17 Londoner, 57 Provinz- und einem städtischen Distrikt gewählt.

### Hochverratsprozess.

**# Aus Graz** wird uns gemeldet: Vor dem Schwurgericht in Graz begann als befehltem Gerichtshof die Verhandlung wegen Verbrechens des Hochverrats gegen 13 Personen, von welchen 12 in Triest und eine in Görz wohnen. Die Angeklagten werden beschuldigt, in den letzten zwei Jahren in Triest in Verbindung mit italienischen Kreisen Italiens die Anwerbung eines Freiwilligenkorps und dessen Angliederung an italienische Freiwilligenkorps befohlen und gefördert zu haben, um einen bewaffneten Einschnitt in die sogenannten italienischen Provinzen Österreichs zu unterfangen.

## Halle und Umgebung.

### Stadterordneten-Sitzung.

**Halle a. S., 5. Dez.** Am Vorstandstische die Herren Geh. Kommerzienrat Stedner, Justizrat Föhring, Baummeister Gygas, Fabrikant Grehler.

Es liegen drei Eingänge vor: Der 4. kommunale Bericht, das Budget für die Grundsteuer und die gegenüber dem Altablasterer nunmehr im Interesse der Erleichterung des Verkehrs, der durch den Eingangsaußerordentlich erhöht wird, abzubauen. Die Eingänge geht an den Bauauschuss. Weiter bittet derselbe Verein um Sicherungsmittel an der Hofbahn (Wegschranken) oder ähnliche Einrichtungen an Straßenübergängen. Auch diese Petition wird dem Bauauschuss überwiesen.

Der Hallische Bürgerverein verlangt in einer Eingabe, das Stadttheater nicht mehr in der bisherigen Weise zu verpachten, sondern es in städtische Verwaltung zu übernehmen. Herr Stadtrat Dr. Pusch teilt mit, daß in den nächsten Tagen in der gleichen Sache eine Magistratsvorlage zu erwarten stehe. Die Eingabe wird bis zum Erscheinen der Magistratsvorlage zurückgelegt.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein. Punkt 1 betrifft die Errichtung eines

### Pavillons für kranke Säuglinge.

Herr Stv. Schmidt-Kimpler führt aus, daß die Säuglingsfürsorge ein Kapitel bildet, das erstens Aufmerksamkeit verdient. In Deutschland sterben jährlich von 1000 Säuglingen 257, in der Schweiz nur 159, in Frankreich auch nur 168. Das für Deutschland unangenehme Verhältnis wird beklagt werden. Nebenbei ist zu bemerken, daß Halle schon jetzt für die Sache erhebliche Opfer bringt, und erläutert weiter nachstehende Magistratsvorlage:

Nach Vortrag vom 1. Juli 1907 haben die hiesigen Universitätskliniken die Verpflichtung, die der Stadt Armen-Krankenpflege unterliegenden Personen zum Verpflegungssatz von täglich 2.10 Mk. für Erwachsene und 1.45 Mk. für Kinder anzunehmen; der Betrag gilt bis zum 30. Sept. 1920. Von der restlich bestehenden Möglichkeit, jährlich etwa 2000 Säuglinge aus der Zahl der Zieh- und Pflegeeltern wegen erheblicher Gefahr für Leben und Gesundheit klinisch behandeln zu lassen, konnte die Stadtverwaltung bisher keinen Gebrauch machen, weil die Universitätskliniken einer Krankenabteilung für Säuglinge entbehren. Da die Errichtung einer Kinderklinik vom Staate in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, wird der Mangel an schwer empfunden wird, ist aus privaten Mitteln eine Sammlung von 30000 Mk. zu Stande gekommen, um daraus auf Universitätskosten den wenigstens einen sog. Kinderklinik zu errichten. Der Staat ist bereit, den Bau zu gestatten und die noch zu gewöhnliche Baumaße sowie die Betriebskosten zu bewilligen, verlangt aber eine städtische Sicherheit dafür, daß 15 jährlich verpflegte Säuglinge an 85 Verpflegungstagen im Jahre zu 1.45 Mk. in der Klinik untergebracht werden. Wird die Garantie gewährt, so sollen Baumaße und Betriebskosten im Staatshaushaltsplan für 1911 vorgezogen werden. Die Unterfertigung der vom Magistrat um Übernahme der Garantie für die Zeit des Klinikkontrahes, also bis 30. Sept. 1920, erfolgt. Der Magistrat hat darauf beschlossen, dem Erlauchen zu entsprechen.

Nach dem Ergebnis der angefertigten Ermittlungen wird die Zahl städtischer Zieh- und Pflegeeltern unter einem Jahre, welche zur Anwendung erheblicher Gefahr für Leben und Gesundheit klinischer Behandlung bedürfen, dauernd wenigstens 15 betragen. Sowie der Stadtarzt wie der städtische Kinderarzt (Dr. Bone) erachtet das Bereitstellen von 15 Betten zur Durchführung einer wirksamen Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit unter den Pflege- und Ziehkindern, deren Zahl z. B. im September 1910 119 betrug — im Sommer noch mehr — für ein zweifelhaftes Mindestmaß. Dr. Bone vertritt sich hierbei nicht nur auf seine Erfahrungen als Arzt der Zieh- und Pflegeeltern, sondern auch auf seine Beobachtungen als früherer Assistent der Universitäts-Kinderklinik und als Arzt der städtischen Säuglingsfürsorge. Infolge des Mangels einer Klinik müssen die der klinischen Behandlung bedürftigen Zieh- und Pflegeeltern in der Pflegeeltern besellen werden, in der sie untergebracht sind, und gehen deshalb zu erheblichem Teile ein.

In dem Säuglingsheim des katholischen Krankenhauses in der Barbarastrasse befinden sich gegenwärtig 30 Säuglinge. Der Eröffnung des diesjährigen Neubaus von dort nur 18 Säuglinge Aufnahme finden. Obwohl diese Abteilung nur auf einen sehr beschränkten Bevölkerungsteil angewiesen ist, waren sofort nach der Erweiterung 25 Betten bejest, und zwar zu 4 von Kindern zahlender Patienten.

Es demnach mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die städtische Verwaltung 15 Betten der neuen Station dauernd belegen wird, so hat die Übernahme der Garantie, die sich auf jährlich 7938 Mark 75 Pf. beläuft, nur einen formalen Charakter. Sollte der Verpflegungsumsatz die betreffenden Betten weniger als 15 betragen, so werden die betreffenden Betten zweifellos von anderer Seite benötigt werden und dann nicht von der Stadt zu vergütet sein. Als sicher darf

aber gelten, daß die 15 Betten für den städtischen Bedarf nicht ausreichen werden.

Die für die klinische Säuglingspflege erforderlichen Kosten werden der Etatsposition XI F 1, 1 entnommen werden.

Der Magistrat beantragt, folgendem Abkommen zuzustimmen:

Die Stadtgemeinde garantiert zu den Betriebskosten der zu errichtenden Universitätskinderklinik (Waisenkinder) einen jährlichen Zuschuß, welcher der Unterbringung von 15 Säuglingen unter einem Jahre zu einem Verpflegungstage von je 1,45 M. an 365 Verpflegungstagen im Jahre entspricht. Die Klinik hat der Stadtverwaltung dauernd 15 Betten zur Verfügung zu stellen. Soweit die Betten von der Stadtverwaltung nicht beanprucht sind und seitens der Klinik anderweitig belegt werden, mindert sich der Zuschuß in entsprechendem Verhältnis. Dieses Abkommen gilt bis zum 30. Sept. 1920.

Die Versammlung stimmt dem Abkommen ausnahmslos zu.

2. Herr Stv. Springer trägt folgende Magistratsvorlage über die

### Erhöhung der Gehälter der Polizeieinpektoren

Die hiesigen Polizeieinpektoren sind bei dem Herrn Regierungspräsidenten wegen Aufbesserung ihres Dienstverhältnisses vorstellig geworden. Nach den angelegten Ermittlungen und im Vergleich mit anderen Städten wird die von der Versammlung am 13. Juni d. J. den Polizeieinpektoren erteilte Beschlussempfehlung eines Gehaltserhöhungsantrages — bewilligte Gehaltserhöhung von 300 Mark als unzureichend bezeichnet. Sie steht in keinem Verhältnis zu dem Gehalte der in anderen Städten mit kommunaler Polizeiverwaltung in gleicher Stellung befindlichen Beamten sowie zu dem Gehalt der Polizeikommissare der Stadt Halle und der umfangreichen Tätigkeit der Polizeieinpektoren.

Der Herr Regierungspräsident ersucht daher, einen Beschluß der städtischen Körperschaft über eine erneute Festsetzung des Gehalts der Polizeieinpektoren zum mindesten in der Höhe der im Juni abgeleiteten Magistratsvorlage (4000 Mark und 4 mal 350 M. = 5400 M. und 750 bezw. 500 Mark Nebeneinnahmen) herbeizuführen, da er sonst die

### zwangweise Einstellung der höheren Gehälter

in der Stadt Halle in Erwägung nehmen müßte. Der Magistrat legt der Versammlung den Antrag vor: Das Dienstverhältnis der Polizeieinpektoren in dem vorstehend bezeichneten Mindestbetrage für die Zeit vom 1. April 1910 ab festzusetzen. Abgesehen von den angegebenen Nebeneinnahmen betrug das Gehalt der zwei Polizeieinpektoren vor der allgemeinen Gehaltserhöhung des Jahres 1910 3900 M. und 4 mal 300 = 5100 M. In den von dem Magistrat aufgestellten System einer neuen Gehaltsordnung hatte dieser die Festsetzung auf 4000 und 4 mal 350 = 5400 M. vorgeschlagen. Die Stadtvorordneten-Versammlung hat zunächst mit 27 gegen 25 Stimmen jede Gehaltserhöhung dieser Beamten abgelehnt und nach einigen Monaten auf die Resolution der Beamten beschloßen, das Gehalt auf 3900 und 2 mal 400 und 2 mal 300 = 5300 M. zu erhöhen. Hiergegen hat sich die Behörde der Polizeieinpektoren gewandt.

Der Referent Herr Stv. Springer empfiehlt, die Magistratsvorlage anzunehmen. Um die geringe Summe, die in Betracht komme, werde man es wohl auf keinen Konsens ankommen lassen wollen.

Herr Stv. Giese setzt auseinander, daß er der Magistratsvorlage der Wirtschaftigung zustimmt, aber, weil er sagt, daß der Magistrat werde bei einer Klage in eine schlechte Lage kommen, da er ja selbst die höheren Sätze vorgeschlagen habe. Inzwischen sei er indes anderer Ansicht geworden, und er werde dagegen stimmen. Ihm gehe es wider den Strich, daß die Regierung um 100 Mark hier in die Selbstverwaltung eingreife. Zudem sei die Tendenz der Gehaltsvorlage gewesen, die unteren Beamten aufzubessern. Der Staat bezahle seinen Polizeieinpektoren nur 2280 M., die Stadt Halle aber 3900 M. Anfangsgehalt. Da wisse doch mal festgesetzt werden, ob die Regierung ein Recht habe, in die Selbstverwaltung einzugreifen, wenn es sich bei so hohen Gehältern nur um eine jährliche Summe von 100 Mark handle.

Herr Stv. Dierckow weist darauf hin, daß der Magistrat Worte der Wirtschaftigung gefunden habe, als sich Sekretäre mit Gehaltsaufbesserungspetitionen an das Stadtvorordnetenkollegium wandten. Hier aber seien die Beamten, wie verläutet, geradezu ermuntert worden, sich beschwerend über den Gehalt zu wenden.

Herr Stv. Knaube nennt es eine Unterstellung, daß der Regierungspräsident sage, wir besäßen jene Beamten nicht ausreichend. Für uns waren die Sätze des Staates maßgebend, und wir sind über die Gehälter, die der Staat seinen Polizeieinpektoren zahlt, klar hinausgegangen. Um so unbedingter ist der Eingriff des Regierungspräsidenten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rive meint, es habe keinen Zweck, über die Gehaltsfrage noch irgendwas zu debattieren. Die Stadtvorordneten haben keine andere Wahl: Entweder sie bewilligen freiwillig die Erhöhung oder es erfolgt Zwangsetzungen. Dagegen ist nichts zu machen. Genaß ist Klage beim Oberverwaltungsgericht anhängig, aber sie hat materiell keine Unterlagen. Der Magistrat möchte sie anstrengen, und er kann es nicht, denn was der Regierungspräsident will, steht sich mit seiner eigenen Vorlage. Es empfiehlt sich nicht, es auf Zwangsetzungen ankommen zu lassen, sie ist fatal für uns und gegenüber der Regierung.

Herr Stv. Nasse spricht sich für die Annahme der Vorlage aus. Die Ablehnung der Gehaltsaufbesserung ist das mal nur mit sehr schwacher Mehrheit erfolgt. Die beiden Polizeieinpektoren haben so verantwortungsvolle Stellen, daß wir ihnen die Zulage wohl bewilligen können.

Herr Stv. Giese: Andere Beamte haben auch ihre Wünsche nicht erfüllt gesehen, der Schlachtdirektor hat überhaupt nichts bekommen. Die 100 Mark für die Polizeieinpektoren fallen natürlich in seiner Weise ins Gewicht, für uns handelt es sich um eine prinzipielle Frage. Man lasse ruhig die Zwangsetzungen kommen; wir lernen dann daraus.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rive: Wenn Herr Giese daraus lernen will, dann mag er ja die Zwangsetzungen kommen lassen, aber ich zweifle daran, daß er daraus lernt. Der Schlachtdirektor hat allerdings überhaupt keine Aufbesserung erhalten, und ich fürchte, die Sache wird auch noch für uns eine unangenehme Seite gewinnen. Die Magistratsbureauassistenten haben sich auch über zu ge-

ringe Aufbesserung beschwert, doch liegt diese Angelegenheit wesentlich anders. Bei den Polizeibeamten hat der Regierungspräsident ohne weiteres ein Zwangsetzungsrecht, bei den übrigen Beamten nicht. Ein Eingreifen der oberen Instanzen ist erst dann möglich, wenn ein erhebliches Mißverhältnis zwischen Gehalt und Leistung vorliegt. Die Assistenten sind an der Besetzung ausbleiben. Der Bezirksauschuss hat anerkannt, daß die Besetzung nicht angemessen ist, aber ein erhebliches Mißverhältnis, das zum Eingreifen zwingt, hat er nicht festgestellt. Die Assistenten haben dann die höhere Instanz angerufen, aber denselben Bescheid erhalten. Jetzt liegt die Sache bei der ministeriellen Instanz, und die wird aller Wahrscheinlichkeit nach zu demselben Ergebnis kommen. Freude haben wir an den Beamtenaufbesserungen alle nicht gehabt, nicht der Magistrat, nicht die Stadtvorordnetenversammlung, und am allerwenigsten die Beamten selbst. Daß der Magistrat mit seinen höheren Sätzen das Richtige getroffen hätte, hat die Folgezeit gelehrt und lehrt sie täglich aus neu. Wir haben

### Schwierigkeiten bei dem Beamtenersatz.

Wir sind gehalten, die Unterbeamtenstellen sämtlich, die Bureauassistenten zur Hälfte mit Militäranwärtern zu besetzen. Wir bekommen genug Meldungen, aber das brauchbare Material ist aus den Meldungen verschwindend wenig. Wir haben größtenteils die Verbindungen mit den Militäranwärtern erbrochen. Eine Menge Schreibereien, füllten allemal ein kleines Aktenschild, und hernach, wenn zur Einberufung kommt, erfolgt Ablehnung, ist Mühe und Arbeit vergebens verwendet. In den letzten zwei Monaten haben wir über fünfzig Abgänger erhalten. Wir besetzen die Stellen jetzt mit mittelmäßigen Kräften. So haben wir an manchen Dienststellen nicht einen einzigen hervorragenden tüchtigen Beamten, wohl aber drei, vier mittelmäßige. Ob das auf die Dauer nicht schieflicher wird, als wenn wir höhere Gehälter zahlten, das lasse ich dahingestellt sein.

Herr Stv. Dierckow: Die Rechtslage ist die, daß wir nicht auf das Vorgehen des Magistrats angewiesen sind, sondern daß wir als Stadtvorordnetenversammlung selbstständig klagen können. Das hat das Oberverwaltungsgericht wiederholt anerkannt. Aber lohnt sich die Klage? Ich meine: nicht! Es handelt sich um einen sehr geringfügigen Betrag, und zudem ist die starke Mißverhältnis des Kollegiums schon damals für die Verwaltung gewesen.

Herr Stv. Giese: Ich bin auch für ein entschiedenes Vorgehen der Rechte der Selbstverwaltung, aber ich meine, wir wollen unser Pulver trocken halten für Fälle, wo unter Recht tatsächlich droht. Die Rechtslage ist nach dem Polizeigesetz, das gebe ich ohne weiteres zu, unzureichend. Der Ausgang der Klage übrigens sehr zweifelhaft. Wir wollen bedenken, daß nur eine Zufallsmajorität die höheren Sätze ablehnt. Wenn wirklich wichtige Fragen auf dem Spiele stehen, bin ich in der Verteilung der Selbstverwaltung sicher nicht zaghaft, hier rate ich dringend ab.

Herr Stv. Giese: Oberhalb zahlt keinen Polizeieinpektoren nur 3600 Mark Anfangsgehalt, Essen nur 3800 M., wir 3900 Mark, und da kommt die Regierung mit der Drohung der Zwangsetzungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rive: Auch wenn die Stadtvorordnetenversammlung klagen wollte, fehlt der Klage die materielle Grundlage, denn es ist letztinstanzlich wiederholt entschieden, daß der Prozess sich nicht auf die Höhe der verhängten Gehaltsätze selbst zu erstrecken hat.

Herr Stv. Dierckow: Wie in demselben Hinsicht handelt, das man nicht getrost abwarten. Ich meine, wir sollen es auf Zwangsetzungen ankommen lassen, falls mal sehen, ob der Regierungspräsident um der hundert Mark willen solchen Schritt tut.

Die Aufbesserung wird indes mit allen gegen 18 Stimmen angenommen.

3. Der Magistrat hat beschloßen, in den Haushaltsplan der städtischen kaufmännischen Fortbildungsschule für 1911 eine neue Stelle für einen hauptamtlichen Lehrer einzustellen. Das Anfangsgehalt eines hauptamtlichen Lehrers an der kaufmännischen Fortbildungsschule beträgt 2980 M. Da der Lehrer zu 24 Unterrichtsstunden in der Woche verpflichtet ist, kommen bei den einzelnen zu vergebenden Stunden — die Stunde durchschnittlich zu 2,25 M. gerechnet — 2160 M. in Abzug, so daß sich eine Mehrausgabe von 2980 M. — 2160 M. = 820 M. ergibt. Hieron entfallen auf den Staat, die Stadt und die Handelskammer je  $\frac{1}{3}$  = 273,33 M. Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. Dierckow.)

4. Der Etat der Stiftung Adolphsbrunn für 1911 wird mit 2780 M. festgelegt. (Ref. Herr Stv. Dierckow.)

5. Der Etat der Kant-Riebeck-Stiftung für 1911 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 77 900 Mark. (Ref. Herr Stv. Springer.)

6. Der Magistrat beantragt, zur Verfügung der für Unterhaltung und Beschaffung von Löschgeräten bereitgestellten Mittel 500 M. aus Kap. XX 11 nachzubewilligen. Gegen das Vorjahr waren 1000 Mark weniger in den Etat eingekalkuliert. Besondere Ausgaben sind nicht gemacht. Es ist nur die bespannte Gaspritze zum Löschwagen mit einem Preise von 157 M. umgearbeitet worden. Größere Kosten sind durch Erneuerung der Gummireifen für die bespannten Krankenwagen entfallen. Es stehen noch ca. 200 M. für einen weiteren Gummireifen und Reparaturen eines Dampfdruckrades aus. Die übrigen 300 Mark werden für Reinigungsmaterial und kleinere Reparaturen gebraucht. Die Versammlung genehmigt die Nachbewilligung. (Ref. Herr Stv. Dierckow.)

7. Im Hauptetat für 1910 sind für Beschaffung und Instandhaltung von Gerätschaften im Hof für 2000 M. vorgesehen worden. Berichtigt sind bis jetzt 309,25 M. so daß die Mittel auf 1690,75 M. überbleiben sind. Diese Überbleibnisse sind in der Hauptsache durch die Beschaffung eines Tafelwagens, dessen Kosten sich auf 105 Mark belaufen, hervorgerufen worden. Der Magistrat hat beschloßen, eine Verstärkung um 150 Mark zu Kosten des Dispositionsfonds XX 11 einzutreten zu lassen. Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. Bangert.)

8. Für die Straßen-Rückführung der Magdeburgerstraße erweist sich eine

### Besserung der Entwässerungsverhältnisse

nötig. Diese soll durch Herstellung eines gemauerten bezw. Zementrohrkanals in der Grünstraße und in der Volksmannstraße zwischen Grün- und Krausenstraße herbeigeführt werden.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 50 000 Mark werden aus der Kanalbauanleihe bewilligt. (Ref. Herr Stv. Knaube.)

9. Auf dem Grundstück Neumarktstraße 3/4 ist ein Neubau errichtet worden. Nach der festgelegten Grundlinie ent-

fallen von diesem Grundstück ca. 9 Quadratmeter zur Straße. Der Eigentümer, Kaufmann W. Glaser, fordert hierfür eine Entschädigung von 80 Mark pro Quadratmeter. Die Versammlung genehmigt die Vorlage. (Ref. Herr Stv. Giese.)

### Ein holländischer Gelehrter Leiter des Forschungsunternehmens Rivo-Rapstadt.

Das deutsche Forschungsunternehmen Rivo-Rapstadt hat seine Vorbereitungen nahezu beendet, so daß die Ausreise Anfang März nächsten Jahres erfolgt.

Die beiden Leiter des Unternehmens, Leutnant Schumde vom Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 4 und Dr. Ludwig Müller von der Universität Halle a. S., hat sich der Herzog Johann Albrecht auf dem gefälligen Abend, bei dem Elberfelder Kolonialtag beschloß, vorstellen lassen. Die inernzeit vom Leutnant Schumde zusammen mit dem Herzog Adolf Friedrich zu Weddigen entworfenen verkehrstechnischen und wissenschaftlichen Pläne fanden lebhaftes Interesse.

### Elster-Saale-Kanal.

In der letzten Sitzung des Leipziger Rates kam anlässlich der Erörterungen über die Frage der Herstellung des Elster-Saale-Kanals zur Sprache, daß der Rat, nachdem ihm Anfang dieses Jahres vertraulich vom Stand der Angelegenheit Kenntnis geworden war, bei der Bedeutung eines Wasserweges für Leipzig es sich hat anlegen lassen, insofern bei der Schaffung als auch bei der Preussischen Staatsregierung eine tüchtige Förderung des Projektes für den Fall zu sichern, daß die Bundesregierung für Erlaß eines Schiffahrtsabgabengesetzes sich entschließen sollten. Voraussetzung für die Ausführung des Kanals ist, daß die Saale auf der Strecke von der Einmündung des Kanals bis Halle für den Verkehr mit Schiffen von 400 Tonnen Raumbelastung ausgebaut wird, so daß die Schiffe von Leipzig bis Hamburg ohne umzuladen durchfahren können. Die Sächsische Staatsregierung hat dem Projekt volle Förderung angedehnt. Ihrem Vorgehen ist es dem dem Eingetommen der Preussischen Staatsregierung auch gelungen, für den Fall des Inkrafttretens des Gesetzes eine rechtliche Grundlage für den Bau des Kanals zu schaffen, so daß, wenn die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen, es jederzeit möglich ist, nicht nur den Kanal zu bauen, sondern auch die Kanalisierung der Saale von der Einmündung des Kanals bis Halle vorzunehmen. Notwendig ist, daß seitens der Kanalgesellschaft mit der bereits zugehörigen Gesellschaft der Stadt Leipzig und mit zu erforderlicher Unterstützung der Sächsischen Staatsregierung diese Mittel rechtzeitig aufgebracht werden.

Bei dieser Sachlage darf der weiteren Förderung des Projektes durch die Sächsische sowie die Preussische Staatsregierung entgegenge-

### Ueber das Wesen der plastischen Kunst

Es geht um die Mitglieder und Götzen des Holländischen Kunstvereins am Sonnabend im Auditorium maximum der Universität Herr Prof. Dr. Bothe G. G. Jena. In wissenschaftlicher Ausführung behandelte er das Wesen des Kunstwerks, die Entwicklung des Kunstwerks, Art der Beobachtung, Gestaltung des Beobachteten, Wesen des Zusammenhangs, Unterschied zwischen künstlerischer und wissenschaftlicher Forschung. Von der Kunst im allgemeinen kam er auf die Plastik im speziellen zu sprechen. Das eigentlich plastische Problem ist für ihn die Arbeit des Bildhauers. Nicht Beobachtung, sondern Erfassung ist Kunst, in der Plastik ebenso wie in jeder anderen Kunst.

Er zeigte und bewies, als ein Sand einiger schöner und interessanter plastischer Werke, die er im Bildhauereis vorführte. Die Rede, die nicht die Beobachtung der Details den Fortschritt in der Kunst ausmachte, die er leicht verständlich zu machen mußte, bewies er deutlich durch diese Beispiele. Unter anderem betam er Donatello's „David“ zu sehen, Gottfried Schadow's „Denkmal Leopold von Dessau“, das „Alte Weib“ von Rodin und Michelangelo's „Nachus“. Groß Theorie konnte an allen Plastiken deutlich abgelesen werden. — Der Vortrag wird am 17. Dezember fortgesetzt werden. m. f.

Sächsischer Fußball-Club von 1896, E. V. Rastbach Sonntag: Spielvereinigung Leipzig I gegen Halle 96 I und am 18. Dezember: Wiederholung des für unglücklich ergebnis Weisterterspieler Halle 96 I gegen Wader-Halle I. Beide Spiele finden auf dem Sportplatz unserer 96er am 30. statt.

Britannia I — Borussia 1:2 (1:0). Am vergangenen Sonntag fanden die beiden Mannschaften im Verbandsspiel auf dem Britannia-Sportplatz gegenüber. Obwohl Britannia die besseren bis auf einige Durchbrüche ihrer schönen linken Seite, bei denen sie auch ihre zwei Tore erzielten, fast vollständig einschätzte, kann Britannia bei der diesbezüglichen Verbeugung Borussia's auch nur zwei Erfolge buchen. Die zwei Parteien teilten sich somit in die beiden Punkte.

### Provincial-Nachrichten.

#### Eisenbahnzusammenstoss.

Dresden, 5. Dez. Amtliche Meldung. Auf Bahnhof Witzkau fuhr heute früh 6 Uhr infolge falscher Weichenstellung dem nach Witzkau ausfahrenden Personenzug 1984 ein Rangierzug in die Gleise, wobei 5 Personenzüge entgleisten. Beide Hauptgleise der Schwarzburger Linie sind gesperrt. Der Verkehr wird durch Umleitungen aufrecht erhalten. Verwunden sind nicht verletzt. Der Materialschaden ist erheblich.

Thien, 2. Dez. (Werkstatt). In der Nacht vom 1. zum 2. d. M. ist an Grube „Marie“ bei Thien der Bergarbeiter Karl Kunz aus Tadau tödlich verunglückt. Er war auf dem Trodenboden beschäftigt und wurde wahrscheinlich von dem in dem Trodenboden befindlichen Transportband erfasst, das ihm die tödlichen Wunden aufstach.

Wiesbaden, 5. Dez. (An Margarinevergiftung) erkrankten die 4 Kinder des Schneiders Karl Brockhaus hier selbst. Es handelte sich um die Marke „Frühling Moor“ der Hamburger Mohamerle, wozu sich 9 Kilogramm hatte schicken lassen, die nimmend von der Polizei beschlagnahmt worden sind.

Eisenstein, 5. Dez. (Töblicher Sturz) Seine früh fügte beim Straßenabenden die Wührgasse Arbeiterin Storch aus einer im dritten Stock befindlichen Bodenplatte und war sofort tot.

Erzgebirge, 5. Dez. (Verhütung eines Einbrechers) In Großbreitenbach wurde ein junger Mensch als derjenige Einbrecher ermittelt, der vor acht Tagen in das an der Waldschloßchen-Chauffee bei Erfurt sofort belegene Haus des Chauffeurs-Inhabers Gottschalk gedrungen war und Bargeld sowie ein Sparbuch über 70 Mark mitgenommen hatte. Der Dieb ist ein Verwandter des Bestohlenen und mit der Verhaftung genau be-



# Vermishtes.

## Schweres Eisenbahnunglück in England.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich in der Nähe von Willesden (Grafthaf Widdesley) ereignet. Vier Züge liefen über das Unglück nachfolgende Dependenz:  
 London, 5. Dez. Ein in Widdesden stehender Zug, der zur Abfahrt nach London bereit war, stieß mit einem andern Zug zusammen, der von hinten kam. Zahlreiche Personen sind verwundet.

London, 5. Dez. Nach der Kollision der beiden Züge erfüllten g. f. h. l. e. s. r. e. i. e. der unter den Trümmern eingeklemmten Verwundeten die Luft. Die Bahnmänner sind auf dem Bahnhöfen marodierenden Passagiere eifrig zu helfen und strengsten alle Kräfte an, die Unglücklichen zu befreien. Andere rannten zu benachbarten Kirchen, um denen einige schnell zur Stelle waren. Auch erschienen bald telephonisch herbeigerufen Amulanstaltsorgane der Unfallstätte. Die Rettungsarbeit ging jedoch nur langsam voran. Große Menschenmengen sammelten sich an dem Bahnhof an, da abgeperrt wurde. Die Ursache der Katastrophe liegt noch nicht fest. Die Befreiung der Opfer ist noch nicht vollendet. Die drei letzten Wagen des stillstehenden Zuges wurden total zertrümmert. Die meisten Passagiere darin sind schwer verletzt. Ein Herr lag unter einem Balken seine beiden Beine und Arme waren gelähmt und sein Kopf bedeckt. Man nahm ihm wenigstens ein Bein ab, seine Arme nicht, doch hat er sich selbst befreit. Er lebte er noch, doch hat er auf dem Wege zum Hospital.

## Neue Erkrankungen an Margarinevergiftung.

Delfen, 5. Dez. In der Stadt Coswig erkrankten achtzig Familien nach dem Genuß von Margarine unter Vergiftungserscheinungen.

## Verdorbenen Kartoffelalat.

Berlin, 5. Dez. Nach dem Genuß von Kartoffelalat erkrankten am Sonntagabend 500 Mann des Leibgardebrigadenregiments in Potsdam unter tödlichen Vergiftungserscheinungen. Dank rascher ärztlicher Hilfe war jede Gefahr nach wenigen Stunden behoben. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Behaltung eines russischen Raketens. Der Petersburger Senatsbesitzer Maraschow wurde in Petersburg wegen Betrugesschuldhaftigkeit in Sachen sogenannter „indischen Bakken“ verurteilt und damit ein großes Vermögen erworben. Er benutzte seit einiger Zeit sein „Heilmittel“ nach „Russisches 606“.

# Letzte Nachrichten.

## Aus dem Ruhrkohlengebiet.

HTB. Bochum, 5. Dez. Beim Aufbruch des Schichtes 8 auf der Zeche Constanin in der Höhe löste sich bei den Bohrarbeiten in einem Dauerfluge ein großer Stein. Ein Bergmann wurde erschlagen, ein zweiter schwer verletzt.

W. Dortmund, 5. Dez. Wegen A. keine aus Dortmund hat einen Vertreter des dortigen General-Anzeigers erklärt, daß die Forderung der Vergütung, die eine 15pro. Vorkörperung anstreben, unannehmbar ist. Es würde dadurch nicht nur bei jeder Ausreise der Werke der Betrag wegfallen, sondern es würden noch Zuschläge zum Betrieb notwendig. Wegen A. keine begünstigt als nicht ausgeschlossen, daß die Bergarbeiter wegen der Lohnforderungen einen allgemeinen Ausfall proklamieren könnten.

## Der Dienstmädchenmord in Paris.

H. Paris, 5. Dez. Trotz eifriger Nachforschung der Polizei nach dem Mörder des deutschen Dienstmädchens A. K. O. ist es nicht gelungen, seinen Habhaft zu werden. Das Dienstmädchen, das bei einem Kapitän in Stellung war, sprach laut sein Wort französisch. Der Kapitän erklärte, daß die Anklade Ochober einen Brief aus Spanien erhielt, der Anklage zur Klündigung gab. Die Anklade damals, nach dem St. Anna-Dienstmädchenmord zu fahren. Dort konnte ihr Aufenthalt aber nicht nachgewiesen werden.

## Proteste gegen ein Coadjutor.

W. La Rochelle, 5. Dez. Die hiesigen Coadjutoristen sowie ihre Kameraden in Laparthe haben einen ständigen Streik proklamiert zum Zeichen des Einspruchs gegen das Urteil des Schwurgerichtes in Noyon, das einen Kameraden, den Sekretär Durand des Coadjutoristenverbandes zum Tode verurteilt hat.  
 Rouen, 5. Dez. Da der Bürgermeister die Veranstaltung einer Protestversammlung gegen den Wahrspruch der Rouener Schwurgericht in dem benachbarten Cotteville statt. Die Veranstaltung nahm einen Antrag an, wonach der Gesamtzustand proklamiert werden soll, falls der zum Tode verurteilte Syndikatssekretär Durand nicht in zwei Monaten frei ist.

H. New York, 5. Dez. Präsident Diaz beabsichtigt entschieden, eine Friedenskommission zur Verhandlung mit den Aufständischen entsenden zu haben.

Chicago, 5. Dez. Der Vorsitzende des Tarifboards hielt hier eine Rede, worin er ausführte, in den letzten Monaten sei eine Tarifrevision von niemand empfohlen worden. Man sieht daraus, daß Präsident Taft in der kommenden Tagung des Kongresses eine Tarifrevision nicht antagen werde.

Langer, 5. Dez. Nach französischer Meldung aus Jesso 10 Sultan Wulay soll eine beachtliche Meile nach Marasch bis nach Ende der winterlichen Regenzeit, also bis etwa April, hinausgeschoben haben.

# Luftschiffahrt.

Tödlicher Unfall eines Aviatiers.  
 Newport, 5. Dez. Zu Solihull in Staffordshire ist gestern der 17jährige Walter Archer mit seinem Apparat tödlich verunglückt. Archer hatte eine Flugmaschine eigener Konstruktion erbaut, deren Motor elektrisch betrieben wurde. Von der elektrischen Zentrale führte ein Leitungsstrahl nach der Maschine. Als der Flügel bei einem manövrierfähigen Aufstieg 250 Meter Höhe erreicht hatte, riß der Leitungsstrahl und der Motor wurde plötzlich aus der Apparat klappte, fiel zu Boden, und Archer konnte nur als glücklicher verunglückter Leiche unter den Trümmern herangezogen werden.

## 23. Ziehung 5. Klasse 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 5. Dezember vormittags.  
 Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

88	145	273	1000	320	678	778	80	1000	515	1168	80	510	85
496	745	1000	2565	871	421	698	788	811	1000	942	97	2041	40
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	865	83	9144
227	405	688	821	1000	1508	811	421	698	788	811	1000	942	97
1000	2	514	438	1000	54	10	864	911	621	800	1000	942	97
1000	768	81	800	864	808	838	438	1000	30	365	86		



